

Das Jülicher Milliarden-Problem

Der ehemalige Forschungsreaktor wird seit Dienstag verlegt.

Bezahlen tut dies die Allgemeinheit, Fragen stellen soll sie aber nicht.

**VON RENÉ BENDEN
UND MARLON GEGO**

Jülich. Der ehemalige Jülicher Hochtemperaturreaktor wird von einer Halle in die andere gebracht, der Weg ist nicht weit, kaum 200 Meter. Seit Dienstag ist der Reaktor auf der Reise, bis er die 200 Meter zurückgelegt hat, werden Monate vergangen sein. Wie viele, lässt sich auch heute noch nicht exakt abschätzen. Hunderte Menschen sind mit der 200 Meter langen Reise befasst, Techniker, Aufseher, Genehmigungsbehörden, Aufsichtsbehörden, Ministerien, Politiker. Um eine Ahnung davon zu bekommen, welch eine Bürde die Jülicher Atomforscher der jetzigen Generation von Politikern, Wissenschaftlern und vor allem Steuerzahlern hinterlassen haben, reicht es schon, den Aufwand für die 200 Meter lange Reise zu kennen.

Der sogenannte Kugelhaufenreaktor wurde 1988 stillgelegt, aber bis alle von ihm ausgehenden Gefahren beseitigt sind, werden noch Jahrzehnte vergehen und Milliarden von Euro bezahlt werden. Da es die Bürger in der Region sind, die mit den Risiken des Reaktors leben und mit allen anderen Steuerzahlern die Kosten tragen müssen,

„Die Heimlichtuerei, die das Forschungszentrum immer wieder mit den Altlasten der Atomforschung betreibt, schadet dem Vertrauen.“

**REINER PRIGGEN,
FRAKTIONSCHIEF DER
GRÜNEN IM NRW-LANDTAG**

ist es erstaunlich, dass auch die derzeit Verantwortlichen, denen der Reaktor aufgebürdet worden ist, meist so tun, als sei seine Zukunft ihre Privatangelegenheit. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag, Reiner Priggen, sprach gestern sogar von „Heimlichtuerei“. Was gleich neben dem Gelände des Forschungszentrums Jülich passiert, erweckt Misstrauen.

Eigentümer des Reaktors ist die Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor Jülich (AVR), früher einmal ein Konsortium von 15 Energieunternehmen. Als sich diese Energieunternehmen 2003 mit der Zukunft und den Kosten des hochgradig kontaminierten Reaktors überfordert sahen, übernahm das bundeseigene Rückbau-Unternehmen EWN die AVR. Seitdem gehört der Reaktor de facto der Bundesrepublik Deutschland.

Mit der Übernahme durch die EWN änderte sich auch das Zukunftskonzept für den Reaktor. Zunächst war von der AVR geplant worden, den Reaktor im sogenannten Sicheren Einschluss zu verwahren. Das bedeutet, dass die Reaktorhülle nach Entnahme der Brennelemente dort hätte stehen bleiben sollen, wo sie ist. Dieser Plan wurde von EWN verworfen. Den EWN-

Experten war schnell klar, dass der Sichere Einschluss in Jülich wenig sinnvoll ist. Dieses Verfahren wird gewöhnlich verwendet, um Reaktoren oder Brennelemente noch so lange abklingen zu lassen, bis man sie gefahrlos abtransportieren kann. Da der Jülicher Reaktor jedoch mit großen Mengen Kohlenstoff 14 (C-14) verseucht ist, war Warten die falsche Taktik. Die Strahlung von C-14 wird sich erst nach 5730 Jahren halbiert haben. Also trieb EWN den vollständigen Rückbau voran. Dabei sollten vor allem die Ingenieure und Techni-

ker von AVR helfen, weil sie den Reaktor gut kannten.

Der Rückbau gestaltet sich seit her problematisch. Nicht zuletzt, weil es auf der Welt keinen vergleichbaren Reaktor gibt. EWN muss Pionierarbeit leisten. Die größte Gefahr, die von dem Reaktor ausgeht, ist der stark radioaktive Graphitstaub im Inneren, der während seiner Erprobung entstanden ist. Um die Gefahr eines Austritts zu minimieren, wurde der Reaktor mit einem Spezialbeton ausgegossen.

An seinem alten Standort

konnte der nun ausgegossene Behälter aber nicht bleiben. Nicht zuletzt, weil radioaktives Wasser, das im Zusammenhang mit einem Störfall 1976 ausgetreten war, das Erdreich unterhalb des Reaktors verseucht hatte. Das verseuchte Erdreich kann nur abgetragen werden, wenn der Reaktor darüber entfernt wird. Also muss der 2100 Tonnen schwere Koloss in eine eigens dafür gebaute Halle abgelegt werden.

Es ist nicht ganz klar, ob die AVR die Anforderungen an die neue Halle unterschätzt hat, oder ob sie

die Anforderungen einfach nicht besser einschätzen konnte; doch die erste Genehmigung für den Bau der Halle reichte nicht aus, um den Reaktor tatsächlich in ihr lagern zu dürfen. Die Bezirksregierung Köln bestätigte diese Woche auf Anfrage unserer Zeitung, dass zwei nachträgliche Genehmigungen beantragt und erteilt werden mussten, ehe die 200 Meter lange Reise des Reaktors beginnen konnte. Ein Spezialist, der in das Genehmigungsverfahren involviert war, seinen Namen in dieser Zeitung lesen möchte, erklärte auf Anfrage, dass die Verantwortlichen der AVR zumindest eine Gefahr des Reaktors unterschätzt hatten: die Oxidation des Betons mit dem noch im Reaktor befindlichen hoch radioaktiven Graphitstaub. Durch die Oxidation entstehen radioaktiv belastete Gase. Wie sich herausstellte, muss mehr strahlendes Gas aus dem Reaktor abgepumpt werden als zunächst berechnet, und zwar permanent. Die neue Halle wurde also mit einer mehrere Millionen Euro teuren Entgasungsanlage ausgestattet, die eigens genehmigt werden musste.

Die Bezirksregierung erklärt immerhin, dass mit Hilfe dieser Entgasungsanlage die erlaubten

„Mehr als 25 Jahre nach der Stilllegung und bisherigen Kosten von 700 Millionen Euro hat der tatsächliche Rückbau jetzt erst begonnen.“

**OLIVER KRISCHER (GRÜNE),
BUNDESTAGSABGEORDNETER**

Grenzwerte austretender Radioaktivität „deutlich unterschritten werden“. Gefahren für anliegende Bürger entstünden also nicht. Die unzähligen Gasflaschen, die mit dem radioaktiv belasteten Gas während der nächsten Jahrzehnte gefüllt werden, soll das Forschungszentrum Jülich entsorgen.

Antworten auf solch naheliegende und dringende Fragen geben AVR und Forschungszentrum nur ungern, wenn überhaupt. Das ist insofern seltsam, als die jetzige Generation Verantwortlicher nichts dafür kann, dass die als Panne-Reaktor in die Forschungsgeschichte der Republik eingegangene Atomanlage in Jülich überhaupt existiert, beziehungsweise nach Vertuschung diverser Pannen und Störfälle überhaupt 22 Jahre lang betrieben wurde, von 1966 bis 1988. In diesem Zusammenhang ist ebenso unverständlich, dass die AVR für heute nur einige wenige ausgewählte Journalisten eingeladen hat, die einen Teil der 200 Meter langen Reise des Reaktors beobachten dürfen.

„Es gibt keinen Grund“, sagte Reiner Priggen gestern, „Journalisten erst nach dem Ende der kritischen Phase auf das Gelände zu lassen – erst recht nicht, wenn die Arbeiten angeblich so ungefährlich sind, dass die Mitarbeiter nicht einmal Schutzanzüge tragen müssen.“